

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 7/2008

- 1 Österreichische Delegation in Mosambik
- 4 Mosambik als Vorreiter im Bereich der Budgethilfe
- 4 Veranstaltungsbericht  
Politikkohärenz – vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umsetzungsstrategien
- 6 1. Mitgliedertreffen der AWEPA Sektion Österreich
- 7 Migration und Entwicklung – kein Gegensatz  
Tanja Dedovic, Internationale Organisation für Migration Wien

Die österreichischen Abgeordneten im mosambikanischen Parlament in Begleitung von VertreterInnen der ADA, des BMeiA, des Projektbeirates und von Parlaments- und ProjektmitarbeiterInnen

Foto: ADA/Heidi Frank

### Österreichische Delegation in Mosambik

Im Rahmen der alle zwei Jahre statt findenden Delegationsreisen der entwicklungspolitischen SprecherInnen in ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) besuchten die Abgeordneten Petra Bayr (SPÖ), Franz Glaser (ÖVP), Gabriela Moser (Grüne), Sigisbert Dolinschek (BZÖ) und Reinhard Bösch (FPÖ) im Oktober 2007 Mosambik. Die Wahl fiel auf Mosambik, da im Rah-

men des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ der Aufbau einer Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament einen Schwerpunkt darstellt. Die Abgeordneten wollten durch ihren Besuch einerseits einen Einblick in die Lebenssituation der mosambikanischen Bevölkerung gewinnen und andererseits einen ersten persönlichen Kontakt zu ihren KollegInnen im Parlament aufbauen. Begleitet wurden sie dabei von VertreterInnen der *Austrian Development Agency*, des Außenministeriums und

## Editorial



### Sehr geehrte ParlamentarierInnen!

Gut betreut vonseiten der ÖEZA und AWEPA wurde die Reise nach Mosambik, die die Begegnungen mit den Menschen und das Kennen lernen des Landes zu einem unvergessenen Erlebnis machte. Aber sind solche Reisen aufgrund der Kosten, die sie verursachen und in Zeiten des Klimawandels auch ökologisch vertretbar?

Ja, weil es notwendig ist, auch persönlich zu sehen, wie sinnvoll die Projekte der ÖEZA die Menschen in ihrem täglichen Kampf um bessere Lebensbedingungen unterstützen.

Einerseits konnten wir in persönlichen Gesprächen mit Abgeordneten und Ministern erfahren, wie komplex die zu lösenden Probleme sind. So informierte uns der Gesundheitsminister, dass die Müttersterblichkeitsrate mindestens so hoch ist wie die Todesrate bei den Epidemien Malaria und HIV/AIDS.

Es war auch wichtig mit zu erleben, wie sehr der Parlamentspräsident und die Abgeordneten sich über die österreichischen Laptops freuten und wie positiv die angebotene Partnerschaft angenommen wurde.

Ich bin überzeugt davon, dass die entwicklungspolitischen SprecherInnen aller Parteien, sowie die Mitglieder des Projektbeirates durch diesen Besuch stark motiviert wurden, den bestehenden parlamentarischen Nord-Süd Dialog weiter zu führen und die Partnerschaft mit dem Parlament in Mosambik zu vertiefen.

Ich lade Sie alle herzlich ein, uns dabei zu unterstützen.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

von Parlaments- und ProjektmitarbeiterInnen.

Mosambik, das sich über knapp 800.000 km<sup>2</sup> zwischen Tansania im Norden und Südafrika im Süden erstreckt, gilt international als positives Beispiel für wirtschaftlichen Wandel. 2006 betrug das Wirtschaftswachstum 8% und auch für 2007 werden ähnliche Kennzahlen prognostiziert. Dies kann jedoch nicht verschleiern, dass Mosambik noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt gehört und rund 70% der Bevölkerung in absoluter Armut lebt (ÖFSE Länderbericht, Februar 2007, 4. überarbeitete Auflage).

Mehr als die Hälfte der Menschen hat keinen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser und ein Großteil der Menschen am Land lebt ohne Strom, in Lehmhütten, die alle drei Jahre erneuert werden müssen. Große Probleme im Gesundheitsbereich, vor allem durch HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und Durchfallerkrankungen führten dazu, dass die Lebenserwartung in den letzten zehn Jahren sogar von 47 auf 41 Jahren gesunken ist. Auch die Mütter- und Kindersterblichkeit ist nach wie vor sehr hoch.

Entsprechende Maßnahmen zur Armutsreduktion und die Erreichung der UN-Millenniumsziele sind – ausgehend von den derzeitigen Kennzahlen – nur durch Unterstützung internationaler Geber erreichbar. In einem Gespräch mit dem höchsten **Vertreter der Europäischen Kommission, Glauco Calzuola**, konnte die Delegation erfahren, dass über 50% des mosambikanischen Staatshaushaltes durch 19 verschiedene Geberländer und die internationalen Finanzinstitutionen beigesteuert wird.

Auch Österreich hat damit begonnen, einen Großteil der ÖEZA-Gelder in die allgemeine und sektorielle (Landwirtschaft) Budgethilfe zu verlegen.

Derzeit haben die Geberländer noch maßgeblichen Einfluss auf die Erstellung des Regierungsprogramms, zunehmend möchten die Geber den Prozess der Budget- und Ausgabenplanung jedoch der mosambikanischen Regierung selbst überlassen.

NGO-VertreterInnen vor Ort zeigen sich hinsichtlich der Budgetkontrolle und der Transparenz besorgt. Auch die **Vorsitzende des Finanzausschusses im Parlament, Abgeordnete Virginia Videira**, zeigte sich gegenüber ihren österreichischen KollegInnen sehr kritisch in Bezug auf das Thema Budgethilfe und äußerte den Wunsch, schneller und leichter Zugang zu den entsprechenden Unterlagen zu erhalten.

Das derzeit größte von der EU geförderte Projekt ist der Brückenbau über den Sambesi, den größten Fluss der nördlichen Region, der bisher nur mit einer Fähre überquert werden konnte. Dieser Bau, der von allen mosambikanischen PolitikerInnen für die Erschließung des Nordens und die Vermarktung von Agrarprodukten als sehr bedeutend angesehen wird, löste sehr kontroverielle Diskussionen unter den Delegationsmitgliedern aus. Diskutiert wurde, ob die dafür vorgesehenen enormen monetären Mittel im Rahmen anderer Projekte nicht sinnvoller und effizienter zur Verbesserung der Lebenssituation beitragen hätten können.

Sehr positiv von den DelegationsteilnehmerInnen bewertet wurden die Projekte, die im Rahmen der ÖEZA finanziert werden. Die Projekte verfolgen vorwiegend die Ziele, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und die Wasserversorgung zu verbessern sowie die Provinzregierungen bei der Verwaltung und dem Kapazitätenaufbau zu unterstützen. Das Projekt Promec beispielsweise setzt auf die Förderung der Produktionssteigerung, des Verkaufs und der Vermarktung in der Landwirtschaft. Durch Beschattung der Felder sind nun zwei Ernten pro Jahr möglich. Die Delegation besuchte auch den regionalen Markt, wo die Kleinbauern und -bäuerinnen nun gemeinsam die Vermarktung der Produkte vornehmen. Promec setzt auf nachhaltige Produktion marktfähiger Produkte durch ökologisch verträgliche Landwirtschaft und Ressourcenschutz.

Besonders schön für die Abgeordneten war auch die von ihnen vorgenommene Eröffnung einer Schule in Marromeu. Mit Geldern der ÖEZA werden hier Schulen aus Ziegeln gebaut, die den

Unterricht für die Kinder somit auch in der Regenzeit ermöglichen. Bei einer Einschulungsrate von rund 75% ist der Schulbesuch für Kinder noch immer keine Selbstverständlichkeit. Analphabetismus bei Frauen stellt für die **Abgeordnete Ana Rita Sithole** eine der großen Herausforderungen im Bereich der Frauenpolitik Mosambiks dar. Durch den langen Bürgerkrieg sind in 50% der Familien die Frauen jene, die als Hauptnährerinnen die Verantwortung für das Überleben ihrer Familie tragen. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sind bessere Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten für Frauen ausschlaggebend.

Auch **Gesundheitsminister Paulo Ivo Garrido** sieht einen Schwerpunkt seiner Arbeit darin, die Situation der Frauen zu verbessern. Er betonte beim Treffen mit der österreichischen Delegation, dass die Schwerpunktsetzung der Geberländer auf die Bekämpfung von AIDS/HIV nicht seine uneingeschränkte Unterstützung erhält. Größere Sorge bereite ihm die allgemeine medizinische Unterversorgung der Menschen auf dem Land. Explizit führte er die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit sowie die Malaria

Todesfälle an. Da derzeit durchschnittlich pro 30.000 Einwohner nur ein Arzt zur Verfügung steht, ist für ihn der Ausbau eines Netzes kleiner Krankenstationen auf dem Land und eine bessere Versorgung mit Ärzten vorrangig.

Das Treffen mit VertreterInnen des mosambikanischen Parlaments gestaltete sich als sehr facettenreich. Es wurden u.a. Gespräche mit dem **Vorsitzenden des HIV/AIDS Ausschusses, dem blinden Abgeordneten Issau Menesses**, der Vorsitzenden des **Finanzausschusses, Virginia Videira** sowie der **Vorsitzenden des Frauenausschusses, Margarida Talapa** geführt. Talapa führte aus, dass in Mosambik aktuell die Schaffung eines Gesetzes diskutiert wird, das Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr kriminalisiert und zeigte sich daher sehr interessiert, wie dieses Thema in Österreich gesetzlich geregelt ist.

Auffällig bei den Gesprächen war die Dominanz der regierenden Frelimo, die im Parlament 160 von 250 Sitzen inne hat. Große Freude herrschte bei allen Abgeordneten und auch bei Präsident Joaquim Mulémbwè über den Laptop, den Delegationsleiterin Petra Bayr überreichte mit dem Versprechen, dass noch weitere 49 gebrauchte Laptops vonsei-

ten des österreichischen Parlamentes folgen werden. Die technische Ausstattung sowie die Kenntnisse im Umgang mit elektronischer Datenverarbeitung sind laut Aussagen der Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Parlaments sehr mangelhaft. Aufgrund dessen wurde der Wunsch nach Unterstützung in diesem Bereich – in Form eines gegenseitigen Austauschs von Know-how und MitarbeiterInnen – geäußert.

Beim Treffen mit **Parlamentspräsident Joaquim Mulémbwè** ging es vorwiegend darum, wie die Partnerschaft, die im Rahmen des Projektes Parlamentarischer Nord-Süd Dialog initiiert worden ist, weitergeführt werden soll. Es wurde vereinbart, dass vom mosambikanischen Parlament eine Prioritätenliste erstellt wird. In der Zwischenzeit wurde die Liste übermittelt und auch die 49 Laptops sind von der Leiterin des ADA-Koordinationsbüros in Mosambik, Irene Novotny, an das Parlament übergeben worden.

Aus dem Dialog hat sich eine Zusammenarbeit entwickelt.



V.l.n.r.  
Delegationsleiterin Petra Bayr bei der Schuleröffnung in Marromeu, Paulo Ivo Garrido, Virginia Videira, Abel Mabunda

V.l.n.r.  
Margarida Talapa, Issau Menesses, Ana Rita Sithole, Petra Bayr und Parlamentspräsident Joaquim Mulémbwè

## Mosambik als Vorreiter im Bereich der Budgethilfe

Bereits seit 2005 hat sich Österreich für einen Beitritt zur Gebergruppe für generelle Budgethilfe in Mosambik engagiert. Die ÖEZA sieht in der Budgethilfe eine geeignete Maßnahme für mehr Effizienz, Effektivität, Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und für eine bessere Harmonisierung der Geberpraktiken im Sinne der Pariser Erklärung.

In den nächsten 3 Jahren (2008-2010) sollen 40% des für Mosambik vorgesehenen Budgets (4,8 Mio. €) für generelle Budgethilfe aufgewendet werden.

Das Geld wird direkt an das Ministerium für Planung und Entwicklung überwiesen, von dem es für die Umsetzung des nationalen Aktionsplans 2006-2009 zur Bekämpfung der absoluten Armut eingesetzt wird.

Die Regierung verfolgt das Ziel, den Anteil der absolut Armen von 54% (2005) auf 45% im Jahr 2009 zu senken.

Österreich leistet jedoch nicht nur generelle sondern auch sektorielle Budgethilfe in Mosambik. Seit Ende 2005 wird das Sektorprogramm ProAgri des Landwirtschaftsministeriums unterstützt, welches darauf abzielt, die ländliche Armut durch Nahrungsmittelsicherheit, Produktivitätssteigerung, Landwirtschaftsreformen und Ressourcenschutz zu verringern.

Die sektorielle Budgethilfe kommt jedoch ausschließlich der Provinz Sofala zu Gute.

Hinsichtlich dieses internationalen Trends in Richtung Budgethilfe sollte natürlich die Rolle der Parlamente im Hinblick auf Budgetkontrolle und Transparenz gestärkt werden. Laut der Vorsitzenden des Finanzausschusses wird derzeit jedoch nur ein Bruchteil der ausländischen Gelder vom Parlament kontrolliert. AWEPA hat diesbezüglich ein sehr nützliches Instrumentarium im Rahmen von parlamentarischen Partnerschaften entwickelt, welches die Geldflüsse zwischen den Geber- und Empfängerländern kontrolliert: *European Development Policy Tracking Mechanism* auf europäischer Seite und *Parliamentary ODA (Official Development Assistance) Monitoring* auf afrikanischer Seite.

Während KritikerInnen und NGO-MitarbeiterInnen befürchten, dass durch die Budgethilfe bestehende Machtstrukturen weiter verfestigt werden, sind OECD, Weltbank und die ÖEZA der Auffassung, dass Budgethilfe positive Auswirkungen auf das makroökonomische Umfeld und das Finanzmanagement des Staatshaushaltes hat und zur Armutsreduktion und Harmonisierung beiträgt. Unumstritten ist, dass aufgrund von Budgethilfe bedeutend weniger Mittel für die Programm- und Projektarbeit zur Verfügung stehen. Angesichts dieser neuen Förderpolitik drängen sich die Fragen auf: Was geschieht mit den derzeit laufenden Projekten, die von österreichischen NGOs durchgeführt werden? Werden *Community-based Organizations* und lokale NGOs weiterhin Förderungen für zivilgesellschaftliche Maßnahmen erhalten?

## Veranstaltungsbericht

### Politikkohärenz – vom entwicklungspolitischen Anspruch hin zu Umsetzungsstrategien

In der Entwicklungspolitik findet bereits seit einigen Jahren eine rege Kohärenzdebatte statt, die sich zunehmend auch auf andere Politikbereiche ausweitet.

Politikkohärenz wird auch im Rahmen des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ große Bedeutung zuteil,

indem es zu einem Schwerpunktthema ernannt wurde. Der im September erschienene *EU Report on Policy Coherence for Development* der Kommission bot Anlass für diese Veranstaltung am 19. November 2007 im Parlament, die mit ca. 120 TeilnehmerInnen gut besucht war. **Nationalratspräsidentin Barbara**

**Prammer** betonte in ihrer Eröffnungsrede die Bedeutung der Parlamente im Hinblick auf die Umsetzung von Politikkohärenz. Sie führte weiter aus, dass sich das österreichische Parlament der Aufgabe stellen müsse, die Kohärenzthematik in alle 36 Parlamentsausschüsse zu integrieren.

Heike Schneider (Europäische Kommission, Kohärenzabteilung) stellte fest, dass sich alle EU Mitgliedstaaten zu Kohärenz verpflichtet haben, räumte aber ein, dass im Bereich der Umsetzungsmechanismen, des Kapazitätenaufbaus und der Bewusstseinsbildung noch viel zu tun bleibt. Schneider stellte Österreich – verglichen mit anderen EU-Mitgliedstaaten – ein gutes Zeugnis aus, da Kohärenz gesetzlich verankert ist und es eine Reihe von Mechanismen gibt.

Der deutsche Kohärenz-Experte Guido Ashoff leitete seinen Vortrag mit dem Statement ein, dass Politikkohärenz nicht allein von der Entwicklungspolitik mit einem Anteil von 0,5% des Staatseinkommens umgesetzt werden könne, sondern dass vielmehr alle Politikbereiche im Sinne einer globalen, gerechten und nachhaltigen Entwicklung ihren Beitrag leisten müssen. Grundsätzlich sei Kohärenz allerdings eine Aufgabe, die in Demokratien schwer umzusetzen sei. Fünf Faktoren seien dafür ausschlaggebend:

1. politischer Wille
2. konzeptionelle und strategische Umsetzung
3. Analyse und Aufzeigen von Inkohärenzen
4. Strukturelle Handlungsebene (Mitwirkungsrechte, Strukturen)
5. Prozessorale Ebene: interministerielle Abstimmung

Laut Ashoff ist Kohärenz in Österreich gesetzlich (Entwicklungshelfergesetz), programmatisch (Drei-Jahresprogramm der ÖEZA) und instituti-

onell (BMeiA) verankert. Somit sollte weniger die Gründung neuer Ausschüsse im Vordergrund stehen, sondern ein vom BMeiA angeleitetes proaktives Kohärenzmanagement und eine Kohärenz-Agenda, wie es sie in Deutschland bereits seit 2004 gibt.

Im Anschluss ging Elisabeth Tankeu, Afrikanische Union, Kommissarin für Handel und industrielle Entwicklung auf die Inkohärenzen zwischen Afrika und Europa ein, plädierte für eine Verlängerung der Frist der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU und forderte eine Integration Afrikas in den Welthandel (derzeit bei 2%). Als Output der WTO-Verhandlungen erhofft sie sich den Abbau von Agrarsubventionen und hoher Agrar- und Industriezölle.

David Gakunzi vom Nord-Süd Zentrum des Europarates verwies auf die positiven Entwicklungen in den Bereichen Demokratie und Wirtschaft in Afrika. Aufgrund der Tatsache, dass China und Indien nun verstärkt mit Afrika kooperieren und Entwicklungszusammenarbeit leisten, sieht er die Notwendigkeit einer Neukonzipierung der EU-Afrika Strategie, indem der Dialog verstärkt und nationale und regionale Entwicklungsprogramme berücksichtigt werden sollen.

Winifred Masiko, Abgeordnete aus Uganda und Vorsitzende der parlamentarischen Frauenvereinigung, beleuchtete die Auswirkungen inkohärenter Politiken auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen, vor allem im

Agrarbereich. Auch durch den Klimawandel hervorgerufene Naturkatastrophen haben deutlich negativere Auswirkungen auf Frauen als auf Männer. Die ugandische Abgeordnete rief in diesem Sinne zu einer globalen Partnerschaft für Entwicklungszusammenarbeit und zu einer kohärenteren EU-Politik mit dem Ziel der Erreichung der UN-Millenniumsziele auf. AWEPA erwähnte sie in diesem Zusammenhang als sehr positive Initiative. Auch die Kooperation zwischen AWEPA und NEPAD (*New Partnership for Africa's Development*) funktioniere sehr gut.

Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion mit den entwicklungspolitischen SprecherInnen, VertreterInnen des Außenministeriums und der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ) statt.

Petra Bayr, Obfrau des entwicklungspolitischen Unterausschusses, sieht in der Umsetzung von Politikkohärenz eine komplexe Aufgabenstellung, die nicht allein dem Außenministerium auferlegt werden könne. Sie brachte den Vorschlag einer Art „Entwicklungsverträglichkeitsprüfung“ ein, die mittels Vorblätter in den Regierungsvorlagen die Auswirkungen auf die globale Entwicklung überprüfen solle.

Franz Glaser als Obfraustellvertreter des entwicklungspolitischen Unterausschusses sprach sich für einen ganzheitlichen Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit und für eine Umsetzung der Politikkohärenz auf internationaler



Abb. rechts außen:  
V.l.n.r. David Gakunzi (Nord-Süd Zentrum des Europarates), Guido Ashoff (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik)

Abb. rechts:  
V.l.n.r. Abgeordnete Winifred Masiko aus Uganda, Heike Schneider (EU Kommission)

Fotos:  
HBF/Livio Srodic

Ebene aus. Besonderes Augenmerk sei dabei auf die Kostenwahrheit im Bereich der Devisentransaktionen und des internationalen Transports zu legen. Im Hinblick auf das Umsetzungsmodell in Österreich sah er keine Notwendigkeit neue Instrumente einzuführen.

**Ulrike Lunacek, stellvertretende Obfrau im außenpolitischen Ausschuss**, bemängelte in Österreich den politischen Willen zur Umsetzung von entwicklungspolitischer Kohärenz, die mangelnde Koordination der einzelnen Ministerien und forderte ein stärkeres Engagement des Parlaments.

**Der stellvertretende Leiter der entwicklungspolitischen Sektion, Anton Mair**, unterschied zwischen dem gesetzlichen Auftrag zur Kohärenz und der Aufgabe diesen administrativ umzusetzen. Neben dem Kapazitätenaufbau ist für ihn die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Form eines regelmäßigen und strukturierten Dialogs von zentraler Bedeutung.

Eine kritischere Stellungnahme folgte als letzte Wortmeldung der **AGEZ-Geschäftsführerin Elfriede Schachner**. Sie stellte ebenso wie Ulrike Lunacek fehlenden politischen Willen fest und

gab einige konkrete Beispiele für Inkohärenzen. Sie forderte die Vernetzung aller parlamentarischen Ausschüsse und sah darin die Voraussetzung für die Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit.

Grundtenor bei der Veranstaltung war, dass Politikkohärenz künftig mit mehr Engagement und einer akkordierten Strategie verfolgt werden muss. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Sensibilisierung von PolitikerInnen für die Auswirkungen nationaler und europäischer Politik auf die Entwicklungsprozesse in den Ländern des Südens.

Abb. links außen:  
V.l.n.r. Ulrike  
Lunacek, Petra  
Bayr, Moderator  
Clemens Six  
(ÖFSE),  
Franz Glaser

Abb. links:  
Elisabeth Tankeu  
(Afrikanische  
Union)

Fotos:  
HBF/Livio Srodic



## 1. Mitgliedertreffen der AWEPA Sektion Österreich

Am 21. November 2007 traf sich die österreichische Sektion von AWEPA (*Association of European Parliamentarians for Africa*) unter dem Vorsitz von Präsidentin Barbara Prammer zu einer Mitgliederversammlung. Neben der Nationalratspräsidentin und zahlreichen Abgeordneten nahm auch AWEPA Präsident Jan Nico Scholten an dem Treffen teil.

Erfreut wurde festgestellt, dass durch die Aktivitäten des parlamentarischen Nord-Süd Dialoges im letzten Jahr die Zahl der Mitglieder von 15 auf 39 gesteigert werden konnte. Zur neuen Vorsitzenden von AWEPA

Österreich wurde Frau Präsidentin Barbara Prammer gewählt, ihre StellvertreterInnen sind der zweite Präsident Michael Spindelegger und die dritte Präsidentin Eva Glawischnig-Piesczek.

AWEPA Präsident Scholten bedankte sich in seiner Rede bei den Abgeordneten für ihre Unterstützung, die Entwicklung Afrikas durch die Förderung von Demokratisierungsprozessen und durch den Nord-Süd Dialog voran zu treiben und betonte die Aufwertung von AWEPA durch die hochrangige Vorsitzführung.

# Migration und Entwicklung – kein Gegensatz

Tanja Dedovic, Internationale Organisation für Migration Wien

Unter den Mitgliedsstaaten der EU findet allmählich ein Umdenken über die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung statt, nicht zuletzt aufgrund der Diskussionen darüber auf internationaler Ebene wie zum Beispiel der *UN High Level Dialogue in New York* im September 2006, das *Global Forum in Brüssel* im Juli 2007, die *Vienna Migration Group Konferenz* im Oktober 2007 und schließlich die *Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik* im November 2007, in denen die Wichtigkeit der Diaspora für die Entwicklung in den Heimatländern hervorgehoben wurde und der positive Beitrag, den legale Migration für Ziel- und Herkunftsländer leisten kann: angefangen von Wissenstransfer, Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern, zusätzliches Angebot an Arbeitskräften für die Zielländer bis hin zu den Rücküberweisungen, die, wenn gezielt eingesetzt, wesentlich zur Entwicklung im Heimatland beitragen.

Diese neue Sicht der Dinge spiegelt sich im *Global Approach to Migration: one year on* wider, der 2007 auf den

*Legal Policy Plan der Europäischen Kommission* folgte und der erstmals konkrete Maßnahmen vorschlägt, wie legale Migration neben der Bekämpfung der illegalen Migration gefördert werden kann. Der zunehmenden Mobilität von Arbeitskräften im Rahmen der Globalisierung Rechnung tragend, sollen vermehrt legale Zuwanderungsmöglichkeiten für Nicht-EuropäerInnen geschaffen werden, die sowohl dem zunehmenden Arbeitskräftebedarf in den Industrieländern entsprechen als auch den Interessen der MigrantInnen aus Entwicklungsländern.

Der Ministerrat (GAERC) vom 20. November 2007 hat die Mitgliedsstaaten erneut auf den *Europäischen Konsens über Entwicklung (2005)* und auf den *Global Approach to Migration* hingewiesen, um Migrationspolitik kohärent und konstruktiv zu gestalten.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, die Diasporagemeinschaften stärker in den Entwicklungsprozess in ihren Heimatländern einzubinden. Zu Beginn wurden Programme

entwickelt, die es tausenden von qualifizierten Fachkräften ermöglichten, sich wieder in ihrer Heimat zu reintegrieren und strategisch wichtige Positionen zu übernehmen. Seit 2000 trägt IOM den Interessen der Diaspora, der Herkunftsländer und Zielländer durch das *Migration for Development in Africa (MIDA)* Programm Rechnung.

MIDA ist ein Rahmenprogramm, das mit der Unterstützung von und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren in unterschiedlichen Projekten seinen Niederschlag gefunden hat. Je nach Priorität der Herkunftsländer stehen der Aspekt des *Co-developments (MIDA Italien)*, der *Wissenstransfer (MIDA Great Lakes Region)*, der *Aufbau des Gesundheitssektors (MIDA Niederlande – Ghana)* oder die *Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (MIDA Äthiopien)* im Vordergrund.

Allen Projekten gemeinsam ist die Stärkung des Dialogs mit der Diaspora, *Co-Development* – d.h. die Umsetzung von Partnerschaften mit dem privaten Sektor, Finanzinstitutionen, Gemeinden und Städten –, die Optimierung



Abb. rechts außen: Dr. Robert Obura, Agronom, unterrichtete an der Egerton University und kehrte mithilfe der IOM nach Kenia zurück.

Foto: IOM 1995

Abb. rechts: Dr. Rashid Aman, Experte in Molekularbiologie kehrte nach Kenia zurück und arbeitet derzeit am Institute of Primate Research.

Foto: Wendy Stone 1990

des Entwicklungseffekts von Rücküberweisungen und die Förderung von Politikkohärenz im Bereich Migration und Entwicklung.

Auf internationaler Ebene trägt das MIDA Rahmenprogramm dazu bei, dass Strategien entwickelt werden, die die internationale Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern und MigrantInnen und der Diaspora verstärken. Das Rahmenprogramm unterstützt eine Einwanderungspolitik, die den legalen Status der afrikanischen MigrantInnen in den Zielländern regelt, und bildet die Grundlage für die Entwicklung von Strategien, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen.

So trägt zum Beispiel die Diaspora durch diverse MIDA Projekte zur Armutsbekämpfung bei, indem sie Handelsbeziehungen mit den Herkunftsländern aufbaut, Investitionen und Rücküberweisungen tätigt, und sich in der sozio-ökonomischen Entwicklung im Bildungs- und Gesundheitsbereich engagiert.

IOM ist der Überzeugung, dass die Diaspora und die MigrantInnen bei der Entwicklung und bei der Umsetzung von *Co-development* Projekten, die für sie, die Herkunfts-, Transit- und Zielländer gewinnbringend sind, eine wichtige Rolle spielen, insofern Politikkohärenz in Migrations- und Entwicklungspolitik und in allen damit in Zusammenhang stehenden Politikbereichen umgesetzt wird.

Migration ist ein integraler Bestandteil der Globalisierung. Migration wird durch Entwicklung auch nicht wesentlich verlangsamt werden – es sind (laut *OECD Bericht Policy Coherence for Development: Migration and Developing Countries, 2007*) gerade die Länder mit durchschnittlichem Einkommen, aus denen die meisten MigrantInnen kommen, während die Menschen in den ärmsten Länder meist nicht in den Genuss von Rücküberweisungen kommen, da nahezu keine Migration aus diesen Ländern stattfindet.

Migration fördert langfristig Entwicklung, auch wenn sie globale Armut nicht

gänzlich beseitigen kann. Es ist daher sinnvoll keine falschen Hoffnungen zu wecken, sondern jene Migrationsprozesse, die bereits stattfinden, zu optimieren und durch kohärente Politiken und mit einem größeren Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung zu unterstützen.

Für detaillierte Informationen:  
Vienna Migration Group (VMG):  
<http://www.emn.at/News-article-folder-261.phtml>

Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik:  
<http://www.mgffi.nrw.de/internationale-zusammenarbeit/index.php>

Migration for Development in Africa (MIDA):  
<http://www.iom.int/jahia/Jahia/pid/542>

## Wir danken unseren UnterstützerInnen!

Das Team des „Parlamentarischen Nord-Süd“ Dialogs bedankt sich sehr herzlich bei dem Internationalen Dienst (Joseph Wirnsperger, Martin Wasserer), der Parlamentsdirektion (Barbara Simml, Björn Weber), dem BMeiA (Alfred Riegelmaier) und der Firma EBIS EDV-Dienstleistungs GmbH (Michael Gaube, Christian Herold, Erwin Kronberger, Peter Weberbauer) für den Laptop Transfer und die technische Bearbeitung der Laptops.

## [www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)

Besuchen Sie unsere Website!  
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien  
Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
[office@nordsued-dialog.org](mailto:office@nordsued-dialog.org) | [www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Nadja Schuster, Jutta Kepplinger, Inge Jäger  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | [www.kest.net](http://www.kest.net)  
Druck: Direkta Druck, Linz | [www.direkta.at](http://www.direkta.at)

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dieser Newsletter soll in der Projektlautzeit (Mai 2006 - April 2008) insgesamt acht mal herausgegeben werden.

